

Betriebs Berater

103-211

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

10 | 2021

10. GWB-Novelle ... Weltsteuerordnung ... Konzernklausel ... Vergütungssysteme ... Recht ...

8.3.2021 | 76. Jg.
Seiten 577-640

DIE ERSTE SEITE

Dipl.-Betriebsw. **Gerhard Schmitt**, RA/StB

Bruxellis locuta – Causa finita? – Ertragsteuerliche Folgefragen aus dem Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

WIRTSCHAFTSRECHT

Dr. Harald Kahlenberg, RA, **Dr. Dietmar Rahlmeyer**, RA, und **Peter Giese**, RA

Die 10. GWB-Novelle: Mehr als eine Digitalisierungsnovelle | 579

STEUERRECHT

Falk Thörmer, LL.M., StB

Das neue Besteuerungsrecht der Marktstaaten an digitalen und konsumentenorientierten Geschäftsmodellen – Eine stabile Säule der neuen „Weltsteuerordnung“? | 599

Elisabeth Märker, RAin

Die Vorbehaltensfrist der Konzernklausel im Lichte des gleich lautenden Ländererlasses vom 22.9.2020 | 605

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Dr. Annetrin Veit, RAin/StBin

BB-Rechtsprechungsreport zur Bilanzierung betrieblicher Altersversorgung 2020/2021 | 619

ARBEITSRECHT

Dominik von Zehmen, RA

Vergütungssysteme für Vorstände auf dem Prüfstand | 628



BB-Rechtsprechungsreport
zur Bilanzierung betrieblicher
Altersversorgung 2020/2021

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Unzulässigkeit der vollkommen anlasslosen Vorratsdatenspeicherung (2.3.2021 – C-746/18)

EuGH: Entfall der Zuständigkeit der nationalen Wettbewerbsbehörden – Anwendbarkeit des Grundsatzes ne bis in idem auf wettbewerbsrechtliche Zuwiderhandlungen (25.2.2021 – C-857/19)

BGH: Keine generelle Pflicht des Lagerhalters zur Prüfung der von Dritten eingelagerten Waren auf Markenrechtsverletzungen – Daviddoff Hot Water IV (21.1.2021 – I ZR 20/17)

BGH: Erforderlichkeit der Inanspruchnahme eines Kommanditisten zur Befriedigung der Gesellschaftsgläubiger (9.2.2021 – II ZR 28/20)

BGH: Haftungsausschluss des § 46 Abs. 2 Nr. 2 BörsG aF bei unrichtig prospektierten Sachverhalten (15.12.2020 – XI ZB 24/16)

BGH: Kein Widerrufsrecht des Leasingnehmers bei Kilometerleasingverträgen (24.2.2021 – VIII ZR 36/20)

Gesetzgebung

BReg: Einführung elektronischer Wertpapiere

Aufsatz

Dr. Harald Kahlenberg, RA,
Dr. Dietmar Rahlmeyer, RA, und
Peter Giese, RA

10. GWB-Novelle

Die 10. GWB-Novelle: Mehr als eine Digitalisierungsnovelle

Das GWB-Digitalisierungsgesetz enthält als Kernstück ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Verschärfung der Missbrauchsaufsicht über digitale Märkte und digitale Plattformen. Außerdem erleichtern Änderungen des Verwaltungsverfahrens die Kartellrechtsdurchsetzung, und die Umsetzung der ECN+-Richtlinie erweitert die Kompetenzen des Bundeskartellamts in Verwaltungs- und Bußgeldverfahren erheblich.

Entscheidung

BGH: Verkürzung der Gewährleistungsfrist auf ein Jahr bei Gebrauchtwagen (noch) zulässig (18.11.2020 – VIII ZR 78/20 – dazu BB-Kommentar von **Susanne Schuster, RAin**)

577

Steuerrecht

Die Woche im Blick

597

Entscheidungen

BFH: Vorsteuerabzug bei geänderter Verwendungsabsicht für ein noch zu erstellendes gemischt genutztes Gebäude (10.2.2021 – XI B 24/20)

BFH: Zeitpunkt des Bestehens ernstlicher Zweifel bei Nachweis eines niedrigeren gemeinen Werts durch ein Sachverständigengutachten (12.1.2021 – II B 61/19)

BFH: Berechtigtes Interesse als Sachurteilsvoraussetzung der isolierten Anfechtungsklage (16.12.2020 – VIII B 141/19)

Verwaltung

BMF: Pauschbeträge für Menschen mit Behinderungen; Nachweis der Behinderung, bei einem Grad der Behinderung weniger als 50, aber mindestens 20 (1.3.2021 – IV C 8 – S 2286/19/10002 :006)

Gesetzgebung

BT: Doppelbesteuerung bei Renten verhindern

BT: FDP fragt nach neuen Anforderungen für elektronische Kassen

BT: Steuer-Software von Bund und Ländern weiter in Arbeit

BT: Grundstücksdatenbank bis November 2022 fertig

BR: Keine eigene Schätzung zu Geldwäschevolumen

BT: Finanzämter stundeten 22,5 Mrd. Steuern

579

Aufsätze

Falk Thörmer, LL.M., StB

Weltsteuerordnung

Das neue Besteuerungsrecht der Marktstaaten an digitalen und konsumentenorientierten Geschäftsmodellen – Eine stabile Säule der neuen „Weltsteuerordnung“?

599

Das Inclusive Framework on BEPS hat am 11.10.2020 zwei Berichte sowie eine Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen zu den beiden Säulen veröffentlicht, die gemeinsam die neue Weltsteuerordnung prägen sollen. Die Dokumente lassen zwar noch verschiedene politische Fragen außen vor, sind aber bereits sehr weit fortgeschritten und lassen den steuertechnischen Rahmen erkennen, über den nun bis Mitte 2021 eine Einigung erzielt werden soll. Der Beitrag befasst sich mit dem Bericht zur ersten Säule und gibt einen Überblick und eine Bewertung des Systems, das den Marktstaaten zukünftig neue Besteuerungsrechte einräumen könnte.

590

Konzernklausel

Elisabeth Märker, RAin

605

Die Vorbehaltensfrist der Konzernklausel im Lichte des gleich lautenden Ländererlasses vom 22.9.2020

Der zweite Senat des BFH hat mit Datum vom 21./22.8.2019 sieben Entscheidungen zur sog. Konzernklausel (§ 6a GrEStG) bekannt gegeben. Ein Jahr später hat die Finanzverwaltung mit der Veröffentlichung eines neuen gleich lautenden Ländererlasses zu § 6a GrEStG vom 22.9.2020 auf die Urteile des BFH reagiert (BStBl. I 2020, 960). Wenngleich eine durch den Umwandlungsvorgang hervorgerufene Verkürzung der Vorbehaltensfrist Kernthema einiger der „August-Urteile“ war, spielte die teleologische Reduktion der Vorbehaltensfrist in Neugründungs- oder Erwerbsfällen keine ausdrückliche Rolle. Dennoch lassen sich aus der neuen Rechtsprechung und dem veröffentlichten Erlass der Finanzverwaltung auch für diese Fallgruppen Rückschlüsse auf die Zulässigkeit einer teleologischen Reduktion ziehen.

Entscheidungen

BFH: EuGH-Vorlage zum Vorsteuerabzug einer geschäftsleitenden Holding (23.9.2020 – XI R 22/18)

609

BFH: Vorsteuerberichtigung bei Erfolglosigkeit (27.10.2020 – V R 20/20 [V R 61/17])

615

Neuerscheinung Buch

Stancke/Weldenbach/Lahme

Kartellrechtlichen Schadensersatzklagen

2. Auflage 2021, Handbuch, 856 S., geb., € 219,-

ISBN: 978-3-8005-1713-8 / Infos unter: shop.ruw.de/17138

Betriebs Berater

BB-FACHKONFERENZ
Grundsteuerreform

» 30. Juni 2021 | Steigenberger Frankfurter Hof
<https://veranstaltungen.ruw.de/grst>



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Verwaltungsanweisung

BMF: Verkürzung der Nutzungsdauer von Computern und Software

Rechnungslegung

IOSCO: Forderung verbesserter Nachhaltigkeitsstandards

DRSC: Bericht über die 19. Sitzung des Gemeinsamen FA und die 98. Sitzung des IFRS-FA

DRSC: Unterstützung der kurzfristigen Änderung an IFRS 16 zur Verlängerung der Erleichterung für Mietkonzessionen im Kontext der Coronavirus-Pandemie

Wirtschaftsprüfung

IDW: Viertes Update von Teil 3 des Fachlichen Hinweises zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Rechnungslegung und Prüfung

IDW: Stellungnahme zur Frage der Verfassungswidrigkeit von § 6 Abs. 5 S. 3 EStG

KfQK: Ergänzende Hinweise zur Prüfung eines Qualitätssicherungssystems kleiner Praxen

FATF: Liste der Hochrisikoländer bei der Bekämpfung der Geldwäsche aktualisiert

Finanzierung

Sustainable-Finance-Beirat der BReg: Abschlussbericht

Aufsatz

Dr. Annetrin Veit, RAin/StBin

BB-Rechtsprechungsreport zur Bilanzierung betrieblicher Altersversorgung 2020/2021

Urteile zur bilanziellen Behandlung der betrieblichen Altersversorgung (bAV), die im Zeitraum März 2020 bis Februar 2021 veröffentlicht wurden, werden in diesem Beitrag mit ihren Kernpunkten dargestellt und in die Rechtsprechung zur Bilanzierung der bAV eingeordnet. Die Darstellung folgt – soweit möglich – der Struktur von § 6a EStG. Zu Urteilen und Verwaltungsanweisungen aus früheren Zeiträumen s. die Reports von Veit in BB 2020, 683 ff.; BB 2019, 684 ff.; BB 2018, 683 ff.; BB 2017, 682 ff.; BB 2016, 747 ff.; BB 2015, 619 ff.; BB 2014, 939 ff.; BB 2013, 747 ff.; BB 2012, 691 ff.; BB 2011, 81 ff.; BB 2010, 751 ff.; BB 2009, 542 ff.

Entscheidungen

BGH: Voraussetzungen für die Entbindung von der Verschwiegenheitsverpflichtung eines Wirtschaftsprüfers (27.1.2021 – StB 44/20 – dazu BB-Kommentar von Dipl.-Volksw. **Dr. Eike Dirk Eschenfelder, RA**)

BFH: Quotale Auflösung von Wertkorrekturposten in Ergänzungsbilanz bei Veräußerung eines Teil-Mitunternehmeranteils – Erfassung des Gewinns als Veräußerungsgewinn (3.9.2020 – IV R 29/19 – dazu BB-Kommentar von **Christian Münch, RA**)

Neuerscheinung Buch

Hommel/Dehmel

Unternehmensbewertung case by case

8. Auflage 2021, 395 S., Broschur, € 42,-

ISBN: 978-3-8005-1771-8/Infos unter: shop.ruw.de/17718

Arbeitsrecht

617 Die Woche im Blick

Entscheidungen

EuGH: Recht auf Elternurlaub – Beschäftigung zum Zeitpunkt der Geburt oder Adoption (25.2.2021 – C-129/20)

BAG: Entgeltlichkeitsklage – Vergleichsentgelt – Vermutung der Benachteiligung wegen des Geschlechts (21.1.2021 – 8 AZR 488/19)

LAG Düsseldorf: Streitgegenstand der Kündigungsschutzklage i.S.v. § 4 KSchG – sog. „Ausklammerung“ (25.1.2021 – 4 Ta 401/20)

ArbG Offenbach: Arbeitgeber verwehrt den Zugang zum Arbeitsplatz ohne Corona-Test (4.2.2021 – 4 Ga 1/21)

Aufsatz

Dominik von Zehmen, RA

Vergütungssysteme

Vergütungssysteme für Vorstände auf dem Prüfstand

Dos and don'ts bei der Systemgestaltung nach ARUG II und DCGK 2020

Dieser Beitrag soll eine praktische Hilfestellung bei der Gestaltung von gesetzes- und kodexkonformen Vergütungssystemen für die Vorstandsmitglieder börsennotierter Gesellschaften geben. Hierzu wurden die in der Hauptversammlungssaison 2020 bei den DAX- und MDAX-Unternehmen nach § 120a Abs. 1 AktG zur Beschlussfassung vorgelegten Vergütungssysteme ausgewertet.

Entscheidung

BAG: Zur Definition eines Vorstellungsgesprächs gem. § 82 S. 2 SGB IX


(27.8.2020 – 8 AZR 45/19 – dazu BB-Kommentar von **Prof. Dr. Tim Jesgarzewski, RA/FAArbR**)

619

627

628


638



BB
§ 15 FAO
Selbststudium

Fortbildungszertifikat nach § 15 FAO

www.bb-selbststudium.de



Neuerscheinung Buch

Hein Schießmann

Das Arbeitszeugnis

Zeugnisrecht, Zeugnissprache, Muster, Auskünfte über Arbeitnehmer

23. Auflage 2021, Betriebs-Berater Schriftenreihe Arbeitsrecht 363 S., Broschur, € 89,-

ISBN: 978-3-8005-1774-9/Infos unter: shop.ruw.de/17749

Die Erste Seite

Dipl.-Betriebsw. **Gerhard Schmitt, RA/StB**

Bruxellis locuta – Causa finita? – Ertragsteuerliche Folgefragen aus dem Handels- und Kooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich

Impressum/Vorschau

VIII

Mohr Siebeck
72010 Tübingen
Postfach 20 40
ISSN 0022-6882

Redaktion:
72074 Tübingen
Wilhelmstraße 18
jz@mohrsiebeck.com

Telefon
(07071) 923-52
Telefax
(07071) 923-67
www.juristenzeitung.de



D3-2134

Juristen Zeitung

5

76. Jahrgang
5. März 2021
Seiten 217-268

Aus dem Inhalt:

Holger Fleischer

Konzernrecht und Unternehmensgeschichte:
Vier Schlaglichter auf ein fächerübergreifendes
Forschungsfeld

Michael Denga

Die Regulierung der Blockchain-Infrastruktur

Tobias Mast

Schöne neue Wahl – Zu den Versprechen der
Blockchain-Technologie für demokratische Wahlen

BGH mit Anmerkung von

Bettina Heiderhoff

Kollisionsrechtliche Behandlung einer einseitigen
Privatscheidung zweier Doppelstaater nach
syrischem Recht

BGH mit Anmerkung von

Felix Ruppert

Qualifikationsspezifischer Zurechnungszusammen-
hang bei § 251 StGB bei Absehen von der Weiter-
behandlung aufgrund einer Patientenverfügung



Herausgeber

Professor Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Würzburg
Professor Dr. Matthias Jestaedt, Freiburg i.Br.
Professor Dr. Dr. h.c. Herbert Roth, Regensburg
Professor Dr. Astrid Stadler, Konstanz
Professor Dr. Bernhard Großfeld, Münster (bis 2000)
Professor Dr. Christian Starck, Göttingen (bis 2006)
Professor Dr. Dr. h.c. Rolf Stürner, Freiburg i.Br. (bis 2012)

Redaktion

Martin Idler, Tübingen

Mohr Siebeck

5 76. Jahrgang
5. März 2021



Juristen Zeitung

Inhalt

Aufsätze

Professor Dr. Dr. h.c. **Holger Fleischer**, LL.M.
Konzernrecht und Unternehmensgeschichte:
Vier Schlaglichter auf ein fächerübergreifendes
Forschungsfeld **217**

Dr. **Michael Denga**, LL.M. (London)
Die Regulierung der Blockchain-Infrastruktur **227**

Dr. **Tobias Mast**
Schöne neue Wahl – Zu den Versprechen der Blockchain-
Technologie für demokratische Wahlen **237**

Umschau

Nachruf

Hasso Hofmann (4. 8. 1934 – 21. 1. 2021)
Professor Dr. **Oliver Lepsius** **246**

Erwiderung

Mietendeckel ohne Kompetenzgrundlage.
Zu Thomas Ackermann, Das bürgerliche Recht
in der bundesstaatlichen Ordnung, JZ 2021, 7–15
Professor Dr. **Gerhard Wagner**, LL.M. (Chicago) **247**

Schlusswort

Zu Gerhard Wagner, Mietendeckel ohne
Kompetenzgrundlage, JZ 2021, 247
Professor Dr. **Thomas Ackermann**, LL.M. (Cambridge)
251

Literatur

Tilmann Rauhut: Aussonderung von Geld
Professor Dr. **Andreas J. Baumert** **252**

Entscheidungen

BGH, 26. 8. 2020, XII ZB 158/18
mit Anmerkung von
Professorin Dr. **Bettina Heiderhoff**
Kollisionsrechtliche Behandlung einer einseitigen
Privatscheidung zweier Doppelstaater nach
syrischem Recht **254**

BGH, 17. 3. 2020, 3 StR 574/19
mit Anmerkung von
Dr. **Felix Ruppert**
Qualifikationsspezifischer Zurechnungszusammenhang
bei § 251 StGB bei Absehen von der Weiterbehandlung
aufgrund einer Patientenverfügung **264**

JZ Information

Aktuelles aus der Rechtsprechung/
Aus dem Inhalt der nächsten Hefte **137***
Gesetzgebung **138***
Entscheidungen in Leitsätzen **140***
Neuerscheinungen **151***
Zeitschriftenübersicht **163***
Festschrift/Sammelwerk **167***
Impressum **169***

D3-2315

ÖSTERREICHISCHE NOTARIAT ZEITUNG

153. JAHRGANG
02
2021

MONATSSCHRIFT FÜR NOTARIAT UND VERFAHREN AUSSER STREITSACHEN

Aus dem Inhalt:

BEITRÄGE

Mathias Walch:

Der Grundsatz des Wohlbestehenkönnens im bäuerlichen Erbrecht Seite 53

Alois Leidwein:

Der Erbhof – Grundlagen und Verfahren Seite 73

RECHTSPRECHUNG

Einseitige Erklärung zur Verbücherung eines Veräußerungs- und Belastungsverbots nicht ausreichend (*Mario Billeth*) Seite 84

Teilnahme von emeritiertem Anwalt am elektronischen Rechtsverkehr (*Ludwig Bittner*) Seite 91

Formgültiges fremdhändiges Testament Seite 95

Keine Rekurslegitimation für Gesellschafter und bisherigen Geschäftsführer einer GmbH gegen die Eintragung seiner Abberufung Seite 97

REDAKTION: Ludwig Bittner, Elisabeth Lovrek, Peter G. Mayr, Christian Rabl, Alexander Schopper, Rudolf Welser, Alexander Winkler. BEIRAT: Gottfried Musger, Helmut Ofner, Hans Georg Ruppe, Karl Stöger, Wolfgang Zankl.

Inhalt

Beitrag

Mathias Walch Der Grundsatz des Wohlbestehenkönnens im bäuerlichen Erbrecht	53
Alois Leidwein Der Erbhof – Grundlagen und Verfahren	73

Rechtsprechung

Grundbuch, Wohn- und Liegenschaftsrecht

Einseitige Erklärung zur Verbücherung eines Veräußerungs- und Belastungsverbots nicht ausreichend – OGH 16. 1. 2020, 5 Ob 211/19v: § 364 c ABGB; §§ 26, 31 GBG (Anmerkung von Mario Billeth)	84
Teilnahme von emeritiertem Anwalt am elektronischen Rechtsverkehr – OGH 28. 9. 2020, 5 Ob 54/20g (Anmerkung von Ludwig Bittner)	91

Erbrecht

Verjährungsfrist der Erbschaftsklage bei formungültigem Testament – OGH 27. 11. 2020, 2 Ob 77/20t: §§ 579, 823, 1487 ABGB aF	92
Formgültiges fremdhändiges Testament – OGH 27. 11. 2020, 2 Ob 141/20d: § 579 ABGB	95
Surrogationsprinzip beim befreiten Nachlegat – OGH 27. 11. 2020, 2 Ob 148/20h: § 652 ABGB aF	96
Formungültiges fremdhändiges Testament – OGH 27. 11. 2020, 2 Ob 188/20s: § 579 ABGB aF	97

Firmenbuch und Unternehmensrecht

Keine Rekurslegitimation für Gesellschafter und bisherigen Geschäftsführer einer GmbH gegen die Eintragung seiner Abberufung – OGH 22. 10. 2020, 6 Ob 33/20a: § 15 FBG; § 41 GmbHG	97
--	----

Vertragsrecht

Gewährleistungsverzicht bei privatem Gebrauchtwagenkauf – OGH 27. 2. 2020, 8 Ob 111/19k: §§ 922 ff ABGB	98
--	----

Verfahren außer Streitsachen

Geltendmachung von Kontrollrechten des Kommanditisten – OGH 23. 4. 2020, 6 Ob 203/19z: § 1 AußStrG; §§ 40 a, 42 Abs 3, § 44 Abs 1, § 56 Abs 2, § 120 Abs 1 Z 2 und Abs 2 JN; § 166 UGB; § 51 ZPO	99
--	----

Varia

Zur Bekanntgabepflicht der Änderung der Abgabestelle – OGH 23. 9. 2020, 1 Ob 167/20w: §§ 8, 17 ZustG	101
---	-----

Impressum	104
-----------------	-----



Zeitschrift für das gesamte Medienrecht



Archiv für Presserecht

Herausgegeben von: Prof. Dr. Christian Berger · Prof. Dr. Emanuel H. Burkhardt · Prof. Dr. Karl-
Eberhard Hain · Dr. Verena Hoene · Gernot Lehr · Dr. Christian Löffler · Prof. Dr. Roger Mann ·
Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer · Dr. Jörg Soehring · Prof. Dr. Christian von Coelln · Vera von Pentz ·
Georg Wallraf · Prof. Dr. Johannes Weberling

afp-medienrecht.de

Zwei, die zusammengehören:
ZEITSCHRIFT



Profitieren Sie von Ihrer
ONLINE-DATENBANK

Aufsätze >

- Mark D. Cole** – Gestaltungsspielraum der EU-Mitgliedstaaten bei
Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit 1
- Winfried Ellerbrock** – Markenschutz für Testsiegel in der Werbung
mit Testergebnissen 8
- Christian Dienstbühl** – Information über die Herkunft Beteiligter in
der Berichterstattung über Straftaten 13

Entscheidungen >

- Aussetzung der Verpflichtung zur Gegendarstellung wegen
Verletzung der prozessualen Waffengleichheit (BVerfG, Beschl. v.
11.1.2021 – 1 BvR 1 2681/20) 22
- Berichterstattung über Trauerfeier (BGH, Urt. v. 10.11.2020 –
VI ZR 62/17) 32
- Vorlagefragen zu Auslistungsbegehren gegenüber Internet-
Suchdienst (BGH, Beschl. v. 27.7.2020 – VI ZR 476/18) 38
- Aufhebung einer einstweiligen Verfügung vor Ablauf der Rechtsmittel-
frist (KG, Urt. v. 26.11.2020 – 10 U 1061/20) 49
- Irrführende Bezeichnung algorithmusbasierter Produktvergleiche als
„Test“ (OLG Köln, Urt. v. 30.10.2020 – 6 U 136/19) *m. Anm. Ulrich Franz* 50
- Keine identifizierende Wort- und Bildberichterstattung über Wirecard-
Kronzeugen (LG München, Urt. v. 16.12.2020 – 9 O 15459/20) 70
- Unzulässige presseähnliche Aufmachung eines Stadtportals –
muenchen.de (LG München, Urt. v. 17.11.2020 – 33 O 16274/19) 76



Zeitschrift für das gesamte Medienrecht

Archiv für Presserecht



Herausgegeben von:

Prof. Dr. Christian Berger, Leipzig · Prof. Dr. Emanuel H. Burkhardt, Stuttgart · Prof. Dr. Karl-Eberhard Hain, Köln ·
RA in Dr. Verena Hoene, LL.M., Köln · RA Gernot Lehr, Bonn · Richter am BGH Dr. Christian Löffler, Karlsruhe ·
RA Prof. Dr. Roger Mann, Hamburg · Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer, Köln · RA Dr. Jörg Soehring, LL.M., Hamburg ·
Prof. Dr. Christian von Coelln, Köln · Richterin am BGH Vera von Pentz, Karlsruhe · RA Georg Wallraf, Kerpen ·
RA Prof. Dr. Johannes Weberling, Berlin

Inhalt

afp-medienrecht.de

Aufsätze

Prof. Dr. Mark D. Cole – Gestaltungsspielraum der EU-Mitgliedstaaten bei Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit – Beispiel der Beschränkung regionaler Werbung im Fernsehen durch den Medienstaatsvertrag mit dem Ziel der Förderung der Medienvielfalt

Deutsches Rundfunkrecht sieht ein Verbot regionaler Werbung im bundesweit verbreiteten Fernsehen vor. Der einschlägige (frühere) § 7 Abs. 11 RStV ist im Hinblick auf seine Vereinbarkeit mit EU-Recht Gegenstand eines Verfahrens vor dem EuGH. Das Verfahren berührt auch die grundsätzlichere Frage des Handlungsspielraums der EU-Mitgliedstaaten insb. im Bereich der Sicherung des Medienpluralismus und der Nachprüfung durch den EuGH. 1

Winfried Ellerbrock – Markenschutz für Testsiegel in der Werbung mit Testergebnissen – Folgen der EuGH- und BGH-Rechtsprechung insb. zu Marken der ÖKO-TEST AG und der Stiftung Warentest

Testveranstalter, die über bekannte Marken verfügen und sie zur Werbung mit ihren Testergebnissen lizenzieren, haben ein ausschließliches Recht an ihnen. Sie können aus den bekannten Marken Dritte auf Unterlassung in Anspruch nehmen, wenn sie ohne ihre Zustimmung/Lizenzierung im geschäftlichen Verkehr ein Zeichen für Waren und Dienstleistung benutzen und dieses Zeichen mit der Unions- oder nationalen Marke identisch oder ihr ähnlich ist. 8

Dr. Christian Diensthühl – Information über die Herkunft Beteiligter in der Berichterstattung über Straftaten – Zum öffentlichen Informationsinteresse an der Nennung der Herkunft von Straftätern, Verdächtigen und Opfern

Regelmäßig gibt es öffentliche Debatten um die Frage, ob die Herkunft von Straftätern von Presse und Rundfunk genannt werden soll. Der Beitrag befasst sich mit einer Entscheidung des VG Hannover, in der ein konkretes öffentliches Informationsinteresse hinsichtlich der Staatsangehörigkeit (en) der Beschuldigten angenommen wurde, und zeigt auf, warum die Herkunftsnennung notwendig ist. 13

Blick nach Brüssel

Dominik Eickemeier / Dr. Ruben A. Hofmann / Büsra Delikara – Stand: 1.2.2021 16

Medienkartellrecht

Dr. Martin Jäger – Stand: 1.2.2021 18



Inhalt

Nachrichten

Stefanie Fuchs-Galilea – Beschluss des GWB-Digitalisierungsgesetzes	20
Christine Libor – EU-Kommission: Entwürfe zum Digital Services Act und Digital Markets Act	21
Christine Libor – EU-Kommission: Geplante Transparenzpflicht für politische Werbung im Internet	21
Christine Libor – Gemeinsame Regeln für europaweite Durchsetzung der Medienregulierung	21
Christine Libor – DJV: Nachbesserungsbedarf beim BND-Gesetz	22

Entscheidungen

Aussetzung der Verpflichtung zur Gegendarstellung wegen Verletzung der prozessualen Waffengleichheit	(BVerfG, Beschl. v. 11.1.2021 – 1 BvR 1 2681/20)	22
Kündigung wegen rassistischer Äußerung	(BVerfG, Beschl. v. 2.11.2020 – 1 BvR 2727/19, ECLI:DE: BVerfG:2020:rk20201102.1bvr272719)	26
Verletzung der Meinungsfreiheit durch Verurteilung wegen Beleidigung in einer Dienstaufsichtsbeschwerde	(BVerfG, Beschl. v. 16.10.2020 – 1 BvR 1024/19, ECLI:DE: BVerfG:2020:rk20201016.1bvr102419)	28
Berichterstattung über Trauerfeier	(BGH, Ur t. v. 10.11.2020 – VI ZR 62/17, ECLI:DE:BGH:2020:101120UVIZR62.17.0)	32
Vorlagefragen zu Auslistungsbegehren gegenüber Internetsuchdienst	(BGH, Beschl. v. 27.7.2020 – VI ZR 476/18, ECLI:DE:BGH: 2020:270720VIZR476.18.0)	38
Unzulässige Kumulation von Identifizierungsmerkmalen in Verdachtsberichterstattung	(OLG Karlsruhe, Ur t. v. 18.12.2020 – 14 U 124/19)	45
Erstbegehungsgefahr bei unmittelbar bevorstehender Ausstrahlung	(OLG Dresden, Beschl. v. 18.12.2020 – 4 W 842/20)	47
Aufhebung einer einstweiligen Verfügung vor Ablauf der Rechtsmittelfrist	(KG, Ur t. v. 26.11.2020 – 10 U 1061/20)	49
Irreführende Bezeichnung algorithmusbasierter Produktvergleiche als „Test“	(OLG Köln, Ur t. v. 30.10.2020 – 6 U 136/19) m. Anm. Ulrich Franz	50
Identifizierende Verdachtsberichterstattung ohne vorherige Konfrontation	(OLG Köln, Ur t. v. 10.9.2020 – 15 U 230/19, ECLI:DE:OLGK: 2020:0910.15U230.19.2000)	58
Zulässige identifizierende Bildberichterstattung zur Frage rechtsextremer Tendenzen in der Polizei	(OLG Naumburg, Ur t. v. 2.7.2020 – 9 U 122/19)	68
Keine identifizierende Wort- und Bildberichterstattung über Wirecard-Kronzeugen	(LG München, Ur t. v. 16.12.2020 – 9 O 15459/20)	70
Panoramafreiheit für Drohnen-Aufnahmen	(LG Frankfurt/M., Ur t. v. 25.11.2020 – 2-06 O 136/20,)	74

Zwei, die zusammen-
gehören:

AfP

Beratermodul
AfP

Das Plus zu Ihrer Zeitschrift:
starke Online-Vorteile!

Profitieren Sie von
Ihrem **ONLINE-MODUL**.

Fragen zu Ihren Zugangsdaten?
Kundenservice Telefon 0221/93738-997

Inhalt

Unzulässige presseähnliche Aufmachung eines Stadtportals – muenchen.de	(LG München, Urt. v. 17.11.2020 – 33 O 16274/19).....	76
Zitatrecht bei vorheriger voraussetzungsloser Informationsgewährung	(LG Köln, Urt. v. 12.11.2020 – 14 O 163/19, ECLI:DE:LGK:2020:1112.140163.19.2000).....	81
Zulässige bildliche Darstellung im Rahmen der identifizierenden Verdachtsberichterstattung	(LG Köln, Urt. v. 4.11.2020 – 28 O 238/20).....	85
Beeinträchtigung des Resozialisierungsinteresses durch identifizierende Berichterstattung	(LG Köln, Urt. v. 24.6.2020 – 28 O 388/19).....	87
Angemessenheit eines Nachzuschlags i.H.v. 20 % für Zeitungszusteller	(ArbG Minden, Urt. v. 17.11.2020 – 1 Ca 1254/19).....	89
Möglicher Ausschluss der Zahlung des Rundfunkbeitrags in Euro-Banknoten	(EuGH, Urt. v. 26.1.2021 – C-422/19 und C-423/19 [Ls.].....	90
Keine Beihilfe zur Urheberrechtsverletzung durch Betreiber eines Internet-Radio-recorders – flatster	(OLG Köln, Urt. v. 8.1.2021 – 6 U 45/20 [Ls.].....	91

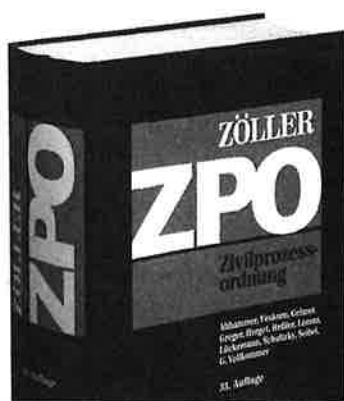


Buchbesprechungen

Prof. Dr. Roger Mann – Paschke/Berlit/Meyer/Kröner, Hamburger Kommentar Gesamtes Medienrecht, 4. Aufl. 2020	91
--	----

Zeitschrift und Online-Datenbank gehören zusammen!

Nutzen Sie Ihre Online-Vorteile und auch die Otto Schmidt Zeitschriften-App! Haben Sie Fragen zu Ihren Zugangsdaten? Haben Sie Ihren alten Zugang noch nicht verlängert? Kundenservice Telefon: 0221/93730-997.



Die 33. Auflage ist da!

Der meinungsführende ZPO Kommentar auf aktuellem Stand: ZPO/EGZPO, FamFG und alle einschlägigen EU-VO – ein Muss für jeden Prozessualisten.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter otto-schmidt.de

Betriebs Berater

WU
D3-211
+ 7 Bil.

9 | 2021

D&O-Versicherung ... Selbstanzeige ... Nachhaltigkeitsberichterstattung ... Whistleblowing ...

1.3.2021 | 76. Jg.
Seiten 513-576

DIE ERSTE SEITE

Prof. Dr. Jens M. Schmittmann, RA/FAHaGesR/FAInsR/FAStR/StB
Braucht es ein Corona-Steuerhilfegesetz III?

WIRTSCHAFTSRECHT

Beata Drenker und **Dr. Mirjam Boche**, RAin
Aktuelles zur D&O-Versicherung in Krise und Insolvenz | 515

Nicole Böck, RAin, und **Jakob Theurer**, LL.M., RA
Herstellerpflichten und Haftungsrisiken bei IT-Sicherheitslücken vernetzter Produkte | 520

STEUERRECHT

Prof. Dr. Peter Bilsdorfer, RA, Präsident des FG a. D., und **Michael Kaufmann**, RA/FAStrafR
Die gescheiterte Selbstanzeige als Eintrittskarte für eine wirksame Selbstanzeige? | 535

Dipl.-Kfm. **Prof. Dr. Oliver Middendorf**, WP/StB, und **Mike Rickermann**, M.A., StB
§ 15a EStG und vermögensverwaltende Personengesellschaften | 539

Dipl.-Finw. **Gerhard Bruscke**
Die Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden (§ 72a AO) | 544

BILANZRECHT UND BETRIEBSWIRTSCHAFT

Dipl.-Kfm. **Georg Lanfermann**, WP/StB
Ein zweiter IASB oder nur ein EU-Standardsetzer: Wie international wird die künftige Nachhaltigkeitsberichterstattung? | 555

Dr. Norbert Roß, WP/StB
Günstiger Gelegenheitskauf beim Asset Deal: Ist DRS 23 die Lösung? | 559

ARBEITSRECHT

Dr. Ines Keitel, RAin, und **Alicia Busch**, RAin
Der neue Referentenentwurf für ein Betriebsrätestärkungsgesetz – wesentliche Änderungen | 564

Dr. Maximilian Degenhart, RA, und **Dr. Anne Dziuba**, RAin
Die EU-Whistleblower-Richtlinie und ihre arbeitsrechtlichen Auswirkungen | 570

Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BVerfG: DSGVO-Schadensersatzanspruch – Vorlagepflicht an den EuGH (14.1.2021 – 1 BvR 2853/19)

BGH: Anfechtung eines GmbH-Gesellschafterbeschlusses (26.1.2021 – II ZR 391/18)

OLG Düsseldorf: Neufassung der Zuständigkeitsregeln in § 14 UWG – kein „fliegender Gerichtsstand“ mehr bei Wettbewerbsverstößen (16.2.2021 – I-20 W 11/21)

VG Berlin: Rechtsanwälte und Notare müssen Auffälligkeiten bei Immobilientransaktionen melden (5.2.2021 – VG 12 L 258/20)

VG Gelsenkirchen: Verpflichteteigenschaft eines Rechtsanwalts nach dem GwG (11.1.2021 – 18 L 1703/20)

Aufsätze

D&O-Versicherung

Beata Drenker und Dr. Mirjam Boche, RAin

Aktuelles zur D&O-Versicherung in Krise und Insolvenz

Knapp ein Jahr nach dem ersten Lockdown befindet sich die deutsche Wirtschaft erneut in einer herausfordernden Phase. Für einige Unternehmen ist die Krise zwischenzeitlich trotz staatlicher Hilfsprogramme unabwendbar. Es besteht daher Anlass, sich mit den Haftungsrisiken für Geschäftsleiter in der Krise und Insolvenz des Unternehmens und den Möglichkeiten der diesbezüglichen Absicherung durch eine D&O-Versicherung auseinanderzusetzen. Diese Notwendigkeit trifft die Entscheider in Unternehmen jeder Größenordnung. Aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung haben sowohl für die Haftung der Geschäftsleiter als auch für die mögliche Deckung durch eine D&O-Versicherung wichtige Leitlinien aufgestellt. Diese werden unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklungen auf dem D&O-Versicherungsmarkt dargestellt.

Nicole Böck, RAin, und Jakob Theurer, LL.M., RA

Herstellerepflichten und Haftungsrisiken bei IT-Sicherheitslücken vernetzter Produkte

Hersteller vernetzter Produkte sehen sich der Herausforderung gegenüber, die Cybersicherheit ihrer Produkte in einem Markt zu gewährleisten, der rasanten technologischen Entwicklungen und stets neuen Risiken, wie zum Beispiel aktuell im Zusammenhang mit der Covid-19-Krise, unterliegt. Die rechtlichen Anforderungen an die Cybersicherheit vernetzter Produkte sind für Hersteller auf den ersten Blick nicht leicht zu identifizieren. Trotz jüngster Initiativen auf europäischer Ebene fehlt es an einer klaren gesetzlichen Orientierung. Ausdrückliche Spezialgesetze zu Cybersicherheit von Produkten sind noch die Ausnahme. Europäische und nationale Gesetzgeber verweisen insbesondere auf das bestehende allgemeine Produkthaftungsregime. Vor diesem Hintergrund soll der Beitrag als Orientierungshilfe einen globalen Überblick geben, welche rechtlichen Grundsätze Hersteller vernetzter Produkte zur Reduzierung produkthaftungsrechtlicher Risiken beachten sollten.

Entscheidungen

BGH: Daimler-Thermofenster – Entwicklung und Einsatz begründen nicht generell einen Schadensersatzanspruch wegen vorsätzlicher sittenwidriger Schädigung (19.1.2021 – VI ZR 433/19 – dazu BB-Kommentar von

Prof. Dr. Sabine Otte-Gräbener, LL.M.)

BGH: Keine Einschränkung der persönlichen Haftung des Gesellschafters für Masseverbindlichkeiten der Gesellschaft aus insolvenzrechtlichen Gründen (28.1.2021 – IX ZR 54/20)

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Investitionszulagenrechtliche Zugehörigkeits- und Verbleibensvoraussetzungen bei Verkauf einer Betriebsstätte (30.7.2020 – III R 1/18)

BFH: Zur Aufteilung der Einkommensteuerschuld des Insolvenzschuldners bei vom Insolvenzverwalter beantragter Zusammenveranlagung und zur Berücksichtigung des Altersentlastungsbetrages (27.10.2020 – VIII R 19/18)

Verwaltung

FinMin Rheinland-Pfalz: Steuerbetrug entschlossen weiter bekämpfen

Sonstiges

BFH: Geschäftslage

Aufsätze

Selbstanzeige

Prof. Dr. Peter Bilsdorfer, RA, Präsident des FG a. D., und Michael Kaufmann, RA/FAStrafR

Die gescheiterte Selbstanzeige als Eintrittskarte für eine wirksame Selbstanzeige?

Die Selbstanzeigevorschrift des § 371 AO ist eine äußerst umstrittene Norm. Etliche gesetzliche Korrekturen hat die Vorschrift in den letzten Jahren erfahren (vgl. zur Rechtsentwicklung *Bilsdorfer, DStR* 2015, 1660). Eine der wesentlichen Neuerungen: die Einführung des sog. Vollständigkeitsgebots.

Dipl.-Kfm. Prof. Dr. Oliver Middendorf, WP/StB, und Mike Rickermann, M.A., StB

§ 15a EStG und vermögensverwaltende Personengesellschaften

Die Finanzverwaltung hat mit BMF-Schreiben v. 15.9.2020 zur Anwendung des BFH-Urteils vom 2.9.2014 Stellung genommen und sich mit der Frage auseinandergesetzt, wie das Kapitalkonto einer vermögensverwaltenden Personengesellschaft für die sinngemäße Anwendung des § 15a EStG zu ermitteln ist. Der Beitrag setzt sich mit der Auffassung der Finanzverwaltung kritisch auseinander.

Dipl.-Finw. Gerhard Bruschke

Die Haftung Dritter bei Datenübermittlungen an Finanzbehörden (§ 72a AO)

Die Verarbeitung von Papier für die Abgabe von steuerlich bedeutsamen Erklärungen ist zumindest im Rechtsverkehr der steuerberatenden Berufe mit dem Finanzamt kaum noch anzutreffen. Durch die fortschreitende Digitalisierung im Steuerrecht, werden in der Regel alle relevanten Vorgänge im elektronischen Verkehr abgewickelt. Dadurch wird nicht zuletzt auch eine Fehlerquelle, die in der Übernahme von auf Papierform übermittelten Daten in den finanzamtsinternen Bearbeitungsprozess der Daten zu sehen war, weitgehend ausgeschlossen. Allerdings wirft die Digitalisierung auch neue Probleme auf, die letztlich in der Vielzahl der auf dem Markt vorhandenen Programme zur Erfüllung steuerlicher Pflichten zu sehen sind.

Entscheidungen

BFH: Nichtzulassungsbeschwerde: Zur Beachtung des Grundsatzes „in dubio pro reo“ im finanzgerichtlichen Verfahren (26.11.2020 – VI B 29/20)

FG Münster: Notwendiger eigener Hausstand für die doppelte Haushaltsführung (7.10.2020 – 13 K 1756/18 E – dazu BB-Kommentar von

Dr. Lukas Hilbert)



Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

Rechnungslegung

EFRAG: Entwurf einer Übernahmeempfehlung für den Entwurf ED/2021/2

FRC: Digitale Zukunft der Unternehmensberichterstattung

BReg: Rolle der FIU im Fall Wirecard

DAI: FISG verschlechtert Zugang zur Abschlussprüfung

Wirtschaftsprüfung

WPK: Stellungnahme zum FISG-RegE

IDW: Stellungnahme zum Entwurf eines Dritten Corona-Steuerhilfegesetzes

Bundesanzeiger-Verlag: Kostenlose Zurverfügungstellung einer ESMA-konformen ESEF-Datei für Testzwecke

Aufsätze

Nachhaltigkeitsberichterstattung

Dipl.-Kfm. **Georg Lanfermann**, WP/StB

Ein zweiter IASB oder nur ein EU-Standardsetzer:

Wie international wird die künftige

Nachhaltigkeitsberichterstattung?

Die 576 Antworten auf die Konsultation der IFRS Foundation stellen eindrucksvoll unter Beweis, dass das Momentum für die Schaffung eines internationalen Standardsetzers im Bereich der nichtfinanziellen Berichterstattung durchaus gegeben ist. Verstärkt wird diese Entwicklung zur internationalen Vereinheitlichung auch durch die Bemühungen der fünf bedeutsamsten internationalen Initiativen zur weiteren Konsolidierung ihrer Aktivitäten. Eine ähnliche Entwicklung spielt sich derzeit auf europäischer Ebene ab, wo die Europäische Kommission gleichzeitig die Schaffung europäischer Berichtsstandards forciert. Dies umfasst die Ausarbeitung der Grundlagen einer solchen Standardsetzung durch eine besondere Project Task Force bei der European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) sowie Vorschläge zur künftigen Governance von der EFRAG, deren Tätigkeit sich künftig auch auf nichtfinanzielle Aspekte erstrecken soll. Beides soll Eingang in den für Ende März 2021 erwarteten Gesetzgebungsvorschlag zur Überarbeitung der EU-Corporate-Social-Responsibility-(CSR-)Richtlinie finden. Der Beitrag betrachtet die gegenwärtige Dynamik der internationalen und europäischen Anstrengungen und beleuchtet deren erwartbaren Beitrag zur Schaffung einheitlicher nichtfinanzieller Berichtsstandards für europäische Unternehmen.

Dr. Norbert Roß, WP/StB

Günstiger Gelegenheitskauf beim Asset Deal:

Ist DRS 23 die Lösung?

Die bisherige Diskussion zur Bilanzierung eines Asset Deal im Jahres- und Konzernabschluss hat in jüngerer Zeit durch DRS 23 („Kapitalkonsolidierung Einbeziehung von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss“) neue Impulse erfahren. Dieser Standard zur Konzernrechnungslegung soll nach Auffassung einiger Stimmen im Schrifttum auch auf einen Asset Deal Anwendung finden, und zwar nicht nur im handelsrechtlichen Konzernabschluss, sondern auch im Jahresabschluss. Es ist indes nach Auffassung des Verf. des Beitrags zweifelhaft, ob hierbei alle Facetten bedacht wurden. Insbesondere sei zu hinterfragen, ob eine analoge Anwendung des DRS 23 den Besonderheiten eines Asset Deal, der sich für den Erwerber zum Erwerbszeitpunkt als günstiger Gelegenheitskauf (lucky buy) darstellt, gerecht werde, wie dies in diesem Zusammenhang von den Befürwortern dieser Vorgehensweise behauptet bzw. unterstellt werde. Eine eingehendere kritische Auseinandersetzung erscheine derzeit umso dringlicher, als infolge COVID-19-induzierter Unternehmensverkäufe Überlegungen zur sachgerechten bilanziellen Abbildung derartiger Konstellationen zusätzlich an praktischer Relevanz gewinnen dürften.

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

Aufsätze

Dr. Ines Keitel, RAin, und **Alicia Busch**, RAin

Der neue Referentenentwurf für ein Betriebsrätestärkungsgesetz – wesentliche Änderungen

Am 21.12.2020 wurde der Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur Förderung der Betriebsratswahlen und zur Stärkung der Betriebsräte (Betriebsrätestärkungsgesetz) veröffentlicht. Der Entwurf verfolgt der Begründung nach sechs Ziele: (1) die Förderung und Vereinfachung von Betriebsratswahlen, (2) den Schutz der Arbeitnehmer bei der Gründung von Betriebsräten, (3) die Stärkung von Betriebsräten im Hinblick auf den Einsatz von KI und Kommunikationstechnik, (4) die Förderung mobiler Arbeit und den Schutz der Arbeitnehmer bei ihrer Durchführung, (5) die Verbesserung der Teilhabe von Auszubildenden und (6) die Stärkung der Rechte von Betriebsräten hinsichtlich der Berufsbildung. Darüber hinaus sieht der Entwurf Vereinfachungen der Betriebsratsarbeit infolge der Pandemie vor (7). Der folgende Beitrag beleuchtet die wichtigsten geplanten Änderungen und ihre Auswirkungen auf die Praxis.

Whistleblowing

Dr. Maximilian Degenhart, RA, und **Dr. Anne Dziuba**, RAin

Die EU-Whistleblower-Richtlinie und ihre arbeitsrechtlichen Auswirkungen

Neue Compliance-Pflichten für Unternehmen ab 50 Angestellten oder einem Umsatz in Höhe von min. 10 Mio. Euro/Jahr und Kommunen ab 10 000 Einwohnern: Aufgrund der EU-Hinweisgeberrichtlinie (EU-Whistleblowerrichtlinie) sollten besagte Unternehmen und Kommunen interne Hinweisgebersysteme einrichten. Angestellte dürfen ab dem 17.12.2021 interne Missstände entweder an die eigene Organisation melden (sofern ein internes Hinweisgebersystem vorhanden ist) oder sich direkt an Behörden wenden. Ab dem Zeitpunkt der Meldung werden diese Angestellten arbeitsrechtlich umfassend vor Sanktionen geschützt. Der folgende Beitrag zeigt, was auf Unternehmen und Kommunen zukommt und beschäftigt sich zudem mit den arbeitsrechtlichen Folgen der Richtlinie.

Entscheidung

559

ArbG Berlin: Änderungskündigung zur Versetzung an einen anderen Arbeitsort

(10.8.2020 – 19 Ca 13189/19 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Stefan Müller, FAArbR)

563

564

570

575



Fortbildungszertifikat nach § 15 FAO

www.bb-selbststudium.de



Die Erste Seite

Prof. Dr. Jens M. Schmittmann, RA/FAHaGesR/FAInsR/FAStR/StB

Braucht es ein Corona-Steuerhilfegesetz III?

Impressum/Vorschau

VIII



BOA

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z333

Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland

HERAUSGEBER

Arbeitskreis deutscher
Aufsichtsrat e.V. (AdAR)

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb

Prof. Dr. Stefan Siepelt

Marc Tüngler

GESAMTLIEDUNG

Dr. Christine Bortenlänger

Dr. Christian Bosse

Dr. Claus Buhleier

Peter Dietlmaier

Prof. Dr. Barbara Grunewald

Dr. Simone Hartmann

Prof. Dr. Peter Henning

Prof. Dr. Susanne Kalss

Dr. Jürgen Kunz

Prof. Dr. Klaus Möller

Prof. Dr. Ulrich Noack

Prof. Dr. Ulrich Seibert

Dr. Mirko Sickinger

Prof. Dr. Stefan Simon

Prof. Dr. Jochen Vetter

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Prof. Dr. Christian Zwirner

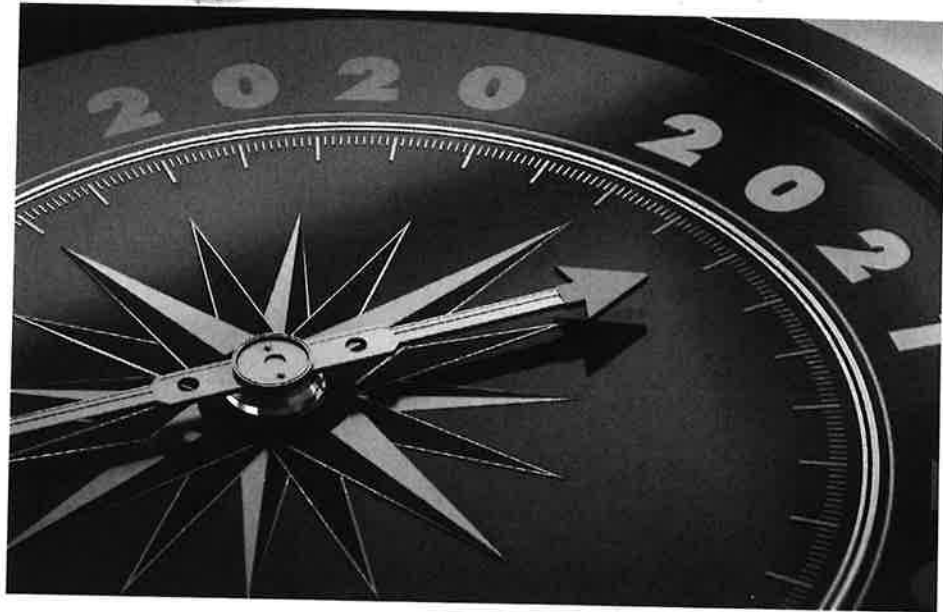
IN KOOPERATION MIT

Deutsche Schutzvereinigung für
Wertpapierbesitz e.V. (DSW)

Deutsches Aktieninstitut
Kapital. Markt. Kompetenz.

1

BOARD Februar 2021 · S. 1-48 · www.betrifft-unternehmen.de



Dr. Christoph Regierer

**Audit-Reform für mehr Qualität, Sicherheit
und Vertrauen**

Dr. Michael Beyer, Dr. Christian Herold

**Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer und
dessen Beurteilung**

Gespräch mit Harald Nikutta

Aufsichtsrat 2021 – Wer fragt, führt

Gespräch mit Marc Tüngler, Dr. Martin Eisenhut

Die Rolle des Aufsichtsrats – Corona als Katalysator

Prof. Dr. Peter Henning, Prof. Dr. Peter Ruhwedel

Zusammenarbeit von Plenum und Ausschüssen

Reguvis

www.reguvis.de

EDITORIAL	1
AUFSÄTZE	
Dr. Christoph Regierer Audit-Reform für mehr Qualität, Sicherheit und Vertrauen	6
Christian Würschinger Digitalisierung der (Tax) Compliance	9
Prof. Dr. Reiner Quick, Nicolas Pappert Maßnahmen zur Regulierung der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung	17
Prof. Dr. Peter Ruhwedel Zukunftsfähigkeit von Aufsichtsräten	22
Dr. Michael Beyer, Dr. Christian Herold Zusammenarbeit mit dem Abschlussprüfer und dessen Beurteilung	27
KLARTEXT	
Gespräch mit Harald Nikutta Aufsichtsrat 2021 – Wer fragt, führt	3
Gespräch mit Marc Tüngler, Dr. Martin Eisenhut Die Rolle des Aufsichtsrats – Corona als Katalysator	12
ÖFFENTLICHE UNTERNEHMEN	
Ass. jur. Lars Scheider Das Risikomanagementsystem des kommunalen Konzernverbundes in der Zeitenwende der globalen Covid-19-Pandemie	31
DAS AUFSICHTSRATSBÜRO	
Prof. Dr. Peter Henning, Prof. Dr. Peter Ruhwedel Zusammenarbeit von Plenum und Ausschüssen	35
KOLUMNE	
Savo A. Klingen, Beate Weber von Koslowski Zeit zu handeln	39
RECHTSPRECHUNG	
Grenzen des unternehmerischen Ermessens	42
LEXIKON	
Sustainable Finance Taxonomie	43

Impressum

BOARD –
Zeitschrift für Aufsichtsräte in Deutschland
ISSN: 2192-211X

Verlag: Reguvis Fachmedien GmbH
Geschäftsführung: Jörg Mertens

Reguvis

www.reguvis.de

Gesamtleitung

Prof. Dr. Dr. h.c. Barbara Dauner-Lieb
Prof. Dr. Stefan Siepelt
Marc Tüngler

Redaktion Reguvis Fachmedien GmbH

Jörg Schick
Tel.: 0221 / 9 76 68-186
E-Mail: joerg.schick@reguvis.de
Angela Scholz
Tel.: 0221 / 9 76 68-315, Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: angela.scholz@reguvis.de

Manuskripte

Manuskripte sind in elektronischer Form unmittelbar an die Schriftleitung oder an die Redaktion im Verlag zu senden. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Verlag und Schriftleitung behalten sich das Recht zur redaktionellen Bearbeitung der angenommenen Manuskripte vor. Der Autor/Die Autorin versichert, alleinige/r Inhaber/in der urheberrechtlichen Nutzungsrechte an dem Beitrag inklusive aller Abbildungen zu sein und keine Rechte Dritter zu verletzen.

Mit der Annahme des Manuskriptes zur Veröffentlichung überträgt der Autor/die Autorin dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Nutzungsrecht umfasst alle Verwertungs-, Verbreitungs- und Vervielfältigungsformen Print und Online insgesamt oder in Teilen sowie das Recht zu Übersetzungen, zur Einspeicherung, Verarbeitung und Verbreitung in eigenen und fremden Datenbanken, zur Speicherung und Vervielfältigung im Wege elektronischer Verfahren sowie zur Lizenzvergabe.

Urheber- und Verlagsrechte

Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jegliche Verwertung, Verbreitung oder Zugänglichmachung (Print/Online) außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das Zitieren von Rezensionen ist in vollem Umfang erlaubt. Cover-Copyright ©peterschreiber.media – stock.adobe

Haftungsausschluss

Die in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge wurden nach bestem Wissen und Gewissen geprüft. Eine Gewähr für die Richtigkeit und Vollständigkeit kann jedoch nicht übernommen werden. Eine Haftung für etwaige mittelbare oder unmittelbare Folgeschäden oder Ansprüche Dritter ist ebenfalls ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht notwendig die Meinung der Redaktion wieder.

Erscheinungsweise

zweimonatlich, jeweils Mitte des geraden Monats

Bezugspreise/Bestellungen/Kündigungen

Einzelheft 46,30 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 1,50 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Der Jahresabopreis inkl. Online-Archiv beträgt 274,00 € inkl. MwSt. und Versandkosten (Inland 0,75 € pro Ausgabe/Ausland 3,- € pro Ausgabe). Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Der Bezugszeitraum beträgt jeweils 12 Monate. Kündigungen müssen schriftlich erfolgen und spätestens am 15. des Vormonats, in dem das Abonnement endet, beim Verlag eingegangen sein.

Abo-Service

Tel.: 0221 / 9 76 68-315, Fax: 0221 / 9 76 68-271
E-Mail: wirtschaft@reguvis.de

Anzeigenleitung

Hans Stender
Reguvis Fachmedien GmbH
Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Tel.: 0221 / 9 76 68-343, Fax: 0221 / 9 76 68-288
E-Mail: hans.stender@reguvis.de
Mediadaten: www.reguvis.de > Infothek > Mediadaten

Anzeigenpreise

Es gilt die aktuelle Anzeigenpreisliste.

Satz

TGK Wienpahl, Köln

Druck

Appel & Klinger GmbH, Schneckenlohe

NJW

Neue Juristische Wochenschrift

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2171



In Verbindung
mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer
herausgegeben von
den Rechtsanwälten
Prof. Dr. Peter Bräutigam
Prof. Dr. Wolfgang Ewer
Prof. Dr. Rainer Hamm
Dr. Hilke Herchen
Dr. Ulrich Karpenstein
Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

- M. Fuhlrott/K. Fischer*
Impfpflicht im Arbeitsverhältnis? 657
- A. Lehmann-Richter/E. Wobst*
Die Vertretung der Wohnungseigentümergeinschaft 662
- S. Golla*
„Data-Mining“ zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung 667
- B. Niepmann/C. Seiler*
Die Entwicklung des Unterhaltsrechts 673
- P. Gola/C. Klug*
Die Entwicklung des Datenschutzrechts 680
- BGH*
Einsichtsrecht des Mieters auch in Zahlungsbelege 693
- BGH*
Keine Inanspruchnahme des eigenen Kaskoversicherers
zur Schadensminderung (Anm. B. Heßeler) 694
- BGH*
Beschwer durch Ausspruch des Vorbehalts beschränkter
Erbenhaftung (Anm. M. Tolani) 701
- LG Hamburg*
Corona-Soforthilfe als Subvention (Anm. J. Habetha) 707
- BFH*
Übernahme von Beiträgen einer angestellten Anwältin 717



10/2021

4. März 2021
74. Jahrgang S. 657-720
www.njw.de

Aus NJW-aktuell

Interview
Selbstbestimmung
bis zum Tod

Standpunkt
Das Recht
abzuschalten

Ausbildung
Gesamtnote
und NS-Unrecht



INHALT

Aufsätze

Michael Fuhlrott / Katharina Fischer

Impfpflicht im Arbeitsverhältnis?

657

In dem Beitrag wird untersucht, ob Arbeitgeber ihre Mitarbeiter zur Inanspruchnahme einer Impfung verpflichten können bzw. ob ungeimpften Arbeitnehmern andere Konsequenzen drohen.

Arnold Lehmann-Richter / Felix Wobst

Die Vertretung der Wohnungseigentümergeinschaft nach dem WEMoG

662

Mit der jüngsten WEG-Reform sind auch die Vertretungsregeln grundlegend überarbeitet worden. Der Beitrag beleuchtet die Auswirkungen dieser Neuerungen unter Einbeziehung des Prozessrechts.

Zur Rechtsprechung

Sebastian Golla

„Data-Mining“ zur Gefahrenabwehr und zur Strafverfolgung

667

(BVerfG, NVwZ 2021, 226 = NJW 2021, 690 Ls.)

Bericht

Birgit Niepmann / Christian Seiler

Die Entwicklung des Unterhaltsrechts seit Mitte 2020

673

Peter Gola / Christoph Klug

Die Entwicklung des Datenschutzrechts

680

Kanzlei & Mandat

Kristina-Marisa Uth / Henrik Barthen

Der Anscheinsbeweis von Einwurf-Einschreiben

685

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	23
Grenzen digitaler Staatskommunikation		Selbstbestimmung bis zum Tod		web.report	24
T. Gostomzyk		K. Scholz		Stellenmarkt	25
Agenda	6	Standpunkt	15	Beck'sche Zeitschriften	32
Meldungen / Kolumne	7	Das Recht abzuschalten		Buchhinweise	34
Gesetzgebung	8	P. Schüren		Veranstaltungshinweise	36
Rechtsprechung in Kürze	8	Haftungsseite	17	Heftvorschau/Impressum	38
Entscheidung der Woche	9	Haftung ohne Mandat			
Leserforum	10	J. Braun			
		Ausbildung & Karriere	19		
		ua: NS-Unrecht auf dem Lehrplan			
		J. Jahn			

INHALT

Rechtsprechung



Europäische Gerichte

EuGH 22.10.20 – C-275/19
„Technische Vorschrift“ in nationaler Regelung zur Ausübung von Glücksspielen 687

Verfassungsgerichte

BVerfG 10.11.20 – 1 BvR 3214/15
Datenaustausch zwischen Polizei und Nachrichtendienst – „Data-Mining“ (Ls.) 690

BVerfG 06.07.20 – 1 BvR 2843/17
Zustellung an geschäftsunfähigen Beteiligten im Betreuungsverfahren 691

Zivilgerichte

BGH 09.12.20 – VIII ZR 118/19
Einsichtsrecht des Mieters auch in Zahlungsbelege 693

BGH 17.11.20 – VI ZR 569/19
Keine Inanspruchnahme des eigenen Kaskoversicherers zur Schadensminderung (Anm. B. Heßeler) 694

BGH 21.10.20 – XII ZB 201/19
Kindesunterhalt bei Fremdunterbringung und Berücksichtigung einer Immobilie 697

BGH 21.10.20 – VIII ZR 261/18
Beschwer durch Ausspruch des Vorbehalts beschränkter Erbenhaftung (Anm. M. Tolani) 701

BGH 19.06.20 – V ZR 83/18
Genehmigung des Betriebs der Eisenbahninfrastruktur (Ls.) 707

Strafgerichte

LG Hamburg 18.01.21 – 608 Qs 18/20
Corona-Soforthilfe als Subvention – Subventions erhebliche Tatsachen (Anm. J. Habetha) 707

Verwaltungsgerichte

VG Hannover 01.09.20 – 7 A 5261/18
Umsetzen von Fahrzeugen vom privaten in den öffentlichen Verkehrsraum 712

VG Wiesbaden 11.01.21 – 6 K 1045/20.WI
Prüfpflichten der Verantwortlichen Stelle bei Antrag auf Datenlöschung 713

Arbeitsgerichte

BAG 23.09.20 – 5 AZR 251/19
Arbeitsvertrag mit geringfügig Beschäftigter als Nettolohnvereinbarung 714

BAG 22.10.20 – 8 AZR 412/19
Arbeitsrechtliche Kostenregelung speziell zu Verzugskostenpauschale (Ls.) 717

Finanzgerichte

BFH 01.10.20 – VI R 11/18
Übernahme von Beiträgen einer angestellten Rechtsanwältin 717

Jetzt online: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) Heft 2/2021

Editorial

Der Föderalismus – ein Modell für die EU-Rechtsetzung?
L. Puttrich/S. Simon

Themen der Zeit

Modernisierung des Personengesellschaftsrechts
J. Lieder

Ein deutsches Hinweisgeberschutzgesetz
S. Gerdemann

Kriminelle Internethandelsplattformen
S. F. Gerhold

Parité-Gesetze: Frauen sollen Frauen wählen können
C. D. Classen

Entwurf eines neuen Jugendschutzgesetzes

M. Erdemir

Tätowierungsverbot für Beamte

M. Steinbach

Echo

Wirtschaft und Menschenrechte

G. Rühl

Rechtspolitik im Gespräch

Hüter des Völkerrechts

G. Nolte

Rechts-Fragen

Was meinen Sie, Frau Eilers?

ZEITSCHRIFT FÜR UN
UND GESELLSCHAFT

D3-Z188

HERAUSGEGEBEN von Alfred Bergmann, Ingo Drescher, Holger Fleischer,
Stephan Harbarth, Gerd Krieger, Jens Koch, Hanno Merkt, Christoph Teichmann,
Jochen Vetter, Marc-Philippe Weller, Hartmut Wicke



Z
G
R

INHALT

Carsten Schirmmacher

Existenzvernichtung, Unterkapitalisierung, kalte Liquidation

2

Patrick Hell

Stimmrechtsberater in der modernen Corporate Governance – Weitergehender Regulierungsbedarf oder „Much Ado About ... Something Else“? –

50

Falk Mylich

Die Vermeidung von Bilanzpublizität

86

Lea Katharina Kumkar

Zum Theorienstreit im Recht der actio pro socio

123

Julia Lübke

Die Nichtigkeitsklage des Insolvenzverwalters, die Zustellung der Klageschrift und die Liste der Aufsichtsratsmitglieder als Rechtsscheinträger

156

D3-Z-196

Neue Zeitschrift Gesellschaftsrecht

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A, Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen
 Prof. Dr. Alfred Bergmann
 Prof. Dr. Wulf Goette
 Prof. Dr. Jürgen Götz
 Prof. Dr. Mathias Habersack
 Prof. Dr. Joachim Hennrichs
 Prof. Dr. Dieter Leuering
 Prof. Dr. Hanno Merkt
 Prof. Dr. Peter O. Mülbart
 Dr. Bernhard Schaub
 Dr. Kersten von Schenck
 Dr. Sven H. Schneider
 Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.
 Harm Peter Westermann
 Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

- U. Noack*
Künstliche Intelligenz und Unternehmensleitung
 (Editorial) 305
- Ch. Linke*
Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungs-
richtlinie (DiRUG) 309
- L. Wieneke/J. H. Kunz*
Das Gesetz zur Einführung von elektronischen
Wertpapieren 316
- D. John*
Der wirtschaftlich Berechtigte 323
- M. Bormann/J. Böttger*
Die Abschlussprüfung im Blick des FISG-RegE –
Bilanzbetrug adé? 330
- M. Feick/J. Schwalm*
Der identitätswahrende Zuzug von EU- und
EWV-Stiftungen 334
- BGH*
Beischreibung eines Vollstreckungstitels –
Umwandlung einer GbR in eine OHG 344
- BGH*
Erweiterung der Haftung des Frachtführers 346



C.H. BECK

3. März 2021

24. Jahrgang S. 305–352



8250202108



Inhalt

Editorial		<i>U. Noack</i> , Künstliche Intelligenz und Unternehmensleitung	305
Report		Gesellschafts- und Handelsrecht, Covid-19, Wirecard-Skandal, Künstliche Intelligenz	307
Aufsätze		<i>Ch. Linke</i> , Gesetz zur Umsetzung der Digitalisierungsrichtlinie (DiRUG)	309
		<i>L. Wieneke/J. H. Kunz</i> , Das Gesetz zur Einführung von elektronischen Wertpapieren – Der Regierungsentwurf	316
		<i>D. John</i> , Der wirtschaftlich Berechtigte – Begriffskonturierung im systematischen Kontext des Geldwäschegesetzes	323
		<i>M. Bormann/J. Böttger</i> , Die Abschlussprüfung im Blick des FISG-RegE – Bilanzbetrug adé?	330
		<i>M. Feick/J. Schwalm</i> , Der identitätswahrende Zuzug von EU- und EWR-Stiftungen	334
Rechtsprechung			
<i>Umwandlungsrecht</i>			
BGH	13.1.21 – VII ZB 30/18	Beischreibung eines Vollstreckungstitels – Umwandlung einer GbR in eine OHG	344
<i>Handels- und Registerrecht</i>			
BGH	17.12.20 – I ZR 130/19	Erweiterung der Haftung des Frachtführers	346

GmbHRundschau

Zeitschrift für Gesellschafts-,
Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgegeben von der Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

gmbhr.de

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch ·
WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu · Ltd. RegDir. Ralf Neumann · RA Prof. Dr. Jochem ReichertZwei, die zusammengehören:
ZEITSCHRIFTProfitieren Sie von Ihrer
ONLINE-DATENBANK

Aufsätze >	Anne Sanders / Barbara Dauner-Lieb / Simon Kempny / Florian Möslin / Rüdiger Veil – Gesetzentwurf GmbH mit gebundenem Vermögen – Verantwortungseigentum 2.0	285
	Jonas Bühler – Wirksamkeit und Anpassungsbedürftigkeit preislimitierter Ankaufsrechte im Gesellschaftsrecht	290
	Helge Rieckhoff / Sophia Hügel – Zulässige Ausgestaltung von Leaver-Klauseln	299
	Thomas Wachter – Missglückte Schenkung von GmbH & Co. KG-Anteilen	305
Rechtsprechung >	GmbH-Geschäftsführer: Zahlungszusage des Geschäftsführers einer zahlungsunfähigen GmbH als Schuldbeitritt (BGH, Urt. v. 3.9.2020 – III ZR 56/19)	313
	Gleichbehandlungsgrundsatz: Ruhegeldansprüche eines GmbH-Geschäftsführers (OLG München, Urt. v. 25.11.2020 – 7 U 1297/20, nrkr.) <i>m. Anm. Karsten Haase</i>	320
	Umsatzsteuer: EuGH zur Besteuerung von privat genutzten Firmenwagen (EuGH, Urt. v. 20.1.2021 – C-288/19) <i>m. Anm. Andreas Erdbrügger</i>	328
	Internationales Steuerrecht: Nachweis der Einlagenrückgewähr bei Ausschüttungen einer EU-Kapitalgesellschaft (BFH, Urt. v. 27.10.2020 – VIII R 18/17) <i>m. Anm. Manuel Brühl</i>	334
	Grunderwerbsteuer: Grunderwerbsteuerbefreiung und Schenkungsaufgabe; Grenzen der Steuerbefreiung durch Zusammenschau (BFH, Urt. v. 25.8.2020 – II R 30/18)	340
	Benjamin Koller – Steuerliche Neuregelung der Mitarbeiterbeteiligung durch das Fondsstandortgesetz	R84

GmbHR im Blickpunkt**ottoschmidt**

86209472106

GmbHR

GmbHRundschau



Zeitschrift für Gesellschafts-, Unternehmens- und Steuerrecht
der GmbH und GmbH & Co. KG

Herausgeber:

Centrale für GmbH Dr. Otto Schmidt

in Verbindung mit Prof. Dr. Walter Bayer, Friedrich-Schiller-Universität Jena · RA/StB Vors. RiBFH a.D. Prof. Dr. Dietmar Gosch, WTS Steuerberatungsgesellschaft mbH, Hamburg/München · WP/StB Prof. Dr. Norbert Neu, dhpg Dr. Harzem & Partner mbB, Bonn · Ltd. RegDir. Ralf Neumann, Finanzamt für Groß- und Konzernbetriebsprüfung, Aachen · RA Prof. Dr. Jochem Reichert, SZA Schilling, Zutt & Anschütz, Mannheim

Herausgeber-Beirat:

Prof. Dr. Georg Crezelius, Of Counsel, Linklaters LLP, München · Prof. Dr. Detlef Kleindiek, Universität Bielefeld · RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M. Tax, München · Notar Dr. Thomas Wachter, München · RA/StB Prof. Dr. Götz Tobias Wiese, WIESE LUKAS PartG mbB, Hamburg

Inhalt

gmbhr.de

Aufsätze

Prof. Dr. Anne Sanders, M.Jur. / Prof. Dr. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb / Prof. Dr. Simon Kempny, LL.M. / Prof. Dr. Florian Möslin, Dipl.-Kfm., LL.M. / Prof. Dr. Rüdiger Veil – Gesetzentwurf GmbH mit gebundenem Vermögen – Verantwortungseigentum 2.0

Im Kontext einer weltweiten Diskussion um nachhaltiges Unternehmertum legen die Autoren einen Gesetzentwurf für eine Rechtsformvariante der GmbH vor, der im Beitrag komplett abgedruckt ist. Die Wahl der Rechtsformvariante soll es Gesellschaftern einer GmbH erlauben, das Gesellschaftsvermögen dauerhaft zu binden, und damit ein glaubwürdiges Signal für langfristig orientiertes Unternehmertum zu setzen. 285

Dr. Jonas Bühler – Wirksamkeit und Anpassungsbedürftigkeit preislimitierter Ankaufsrechte im Gesellschaftsrecht

In Gesellschaftsverträgen finden sich häufig Ankaufsrechte, mittels derer Mitgesellschafter die Anteile eines abtretungswilligen Gesellschafters erwerben können. In der Regel sehen diese einen unterhalb des Verkehrswerts der Anteile liegenden Ankaufspreis vor (sog. preislimitierte Ankaufsrechte). Sowohl für die gerichtliche als auch für die kautelarjuristische Praxis entscheidend ist die Frage, inwieweit der Ankaufspreis im Gesellschaftsvertrag wirksam beschränkt werden kann. Diese Thematik wurde bislang erstaunlich wenig untersucht und wird in dem Beitrag beleuchtet. 290

Dr. Helge Rieckhoff / Sophia Hügel – Zulässige Ausgestaltung von Leaver-Klauseln

Leaver-Klauseln sanktionieren ein vorzeitiges Ausscheiden des Geschäftsführers mit dem Verlust seiner Geschäftsanteile. Sie sind für Managementbeteiligungen in Private-Equity-Strukturen und im Venture-Capital weit verbreitet. Allerdings bedürfen sie einer sachlichen Rechtfertigung; ansonsten sind sie gem. § 138 Abs. 1 BGB sittenwidrig und folglich nichtig. In dem Beitrag werden, ausgehend von der zumeist zentralen Stellung der Gründer oder Manager in Private-Equity- oder Venture-Capital-Konstellationen, eigenständige Kriterien entwickelt, die für eine sachgerechte Beurteilung der Wirksamkeit von Leaver-Klauseln maßgeblich erscheinen. 299

Dr. Thomas Wachter – Missglückte Schenkung von GmbH & Co. KG-Anteilen

Die Rechtsform der GmbH & Co. KG kann in Deutschland auf eine über 100-jährige Geschichte zurückblicken. Rein statistisch gibt es heute rund 150.000 GmbH & Co. KGs. Dazu gehören viele mittelständische Familienunternehmen mit einer langen Tradition, bei denen demnächst die Unternehmensnachfolge ansteht. Das Unternehmen in der Rechtsform der GmbH & Co. KG besteht rechtlich und steuerlich aus mehreren Bestandteilen, für deren Übertragung ganz unterschiedliche Regelungen gelten. Ein Auseinanderfallen dieser Einheit – auch nur für wenige Tage – kann die gesamte Unternehmensnachfolge zum Scheitern bringen. Ein vom BFH entschiedener Fall eines Kölner Autohauses hat dies nochmals eindringlich in Erinnerung gerufen. 305



Das Seminar „Pensionszusagen an GmbH-Gesellschafter-Geschäftsführer“ gibt Ihnen anhand von Fallbeispielen und Musterformulierungen wertvolle Beratungshinweise: Jetzt anmelden!

Inhalt

Rechtsprechung

Gesellschaftsrecht

GmbH-Geschäftsführer: Zahlungszusage des Geschäftsführers einer zahlungsunfähigen GmbH als Schuldbeitritt	(BGH, Urt. v. 3.9.2020 – III ZR 56/19)	313
Gesellschafterausschluss: Einstweiliger Rechtsschutz gegen Ausschließung als Gesellschafter	(OLG München, Urt. v. 2.12.2020 – 7 U 4305/20)	316
Gleichbehandlungsgrundsatz: Ruhegeldansprüche eines GmbH-Geschäftsführers	(OLG München, Urt. v. 25.11.2020 – 7 U 1297/20) <i>m. Anm. Karsten Haase</i>	320

Steuerrecht

Umsatzsteuer: EuGH zur Besteuerung von privat genutzten Firmenwagen	(EuGH, Urt. v. 20.1.2021 – C-288/19) <i>m. Anm. Andreas Erdbrügger</i>	328
Internationales Steuerrecht: Nachweis der Einlagenrückgewähr bei Ausschüttungen einer EU-Kapitalgesellschaft im Steuerfestsetzungsverfahren des Anteilseigners	(BFH, Urt. v. 27.10.2020 – VIII R 18/17) <i>m. Anm. Manuel Brühl</i>	334
Grunderwerbsteuer: Grunderwerbsteuerbefreiung und Schenkungsaufgabe; Grenzen der Steuerbefreiung durch Zusammenschau	(BFH, Urt. v. 25.8.2020 – II R 30/18)	340

GmbHR Report

GmbHR im Blickpunkt

Benjamin Koller – Steuerliche Neuregelung der Mitarbeiterbeteiligung durch das Fondsstandortgesetz – Ansatzpunkte für praxisgerechte Verbesserungen	R84
--	-----

Unternehmensrecht

BGH: Wie haftet der Kommanditist in der Insolvenz? (<i>Stephan Ulrich</i>)	R85
OLG Hamm: Unterlassungsanspruch nach § 6 GeschGehG setzt angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen voraus (<i>Stephan Ulrich</i>)	R86
Bundesregierung: Transparenzregister 2.0 sieht ab August Vollregister ohne Mitteilungsfiktion vor (<i>Stephan Ulrich</i>)	R87

Steuer- & Bilanzrecht

BFH: Arbeitslohn bei Übernahme der Beiträge zu einer Berufshaftpflichtversicherung einer angestellten Rechtsanwältin durch den Arbeitgeber (<i>Christian Levedag</i>)	R87
BFH: Quotale Auflösung von Wertkorrekturposten in einer Ergänzungsbilanz bei Veräußerung eines Teilmitunternehmeranteils (<i>Christian Levedag</i>)	R88
Bundesrat: Drittes Corona-Steuerhilfegesetz ist beschlossene Sache (<i>Georg Geberth / Martin Bartelt</i>)	R89
BMF: Referentenentwurf eines Gesetzes zur Abwehr von Steuervermeidung und unfairem Steuerwettbewerb veröffentlicht (<i>Georg Geberth / Martin Bartelt</i>)	R89



Systemrelevanz wird bei uns sehr geschätzt. **Neuaufgabe**

Strukturen verstehen und Neuerungen sofort anwenden können – das gelingt mit dem *Tipke/Lang* als systematischem Lehrbuch und Nachschlagewerk für alle Steuerarten, Verfahren und aktuellen Themen.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter otto-schmidt.de

Inhalt

Arbeits- & Sozialrecht

BAG: Haftung wegen Altersversorgung nach Betriebsübergang in der Insolvenz (<i>Martin Pröpfer</i>)	R90
Hessisches LAG: Mittelbare Diskriminierung bei Sozialplanabfindung (<i>Martin Pröpfer</i>)	R90

Europa-Praxis

Rat der EU: Beginn der Trilog-Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung (<i>Michael Gebhardt</i>)	R91
---	-----

Wirtschafts-Praxis

Untersuchung zu Beiräten in Familienunternehmen (<i>Marianne Gajo</i>)	R91
Strukturwandel in der Landwirtschaft (<i>Marianne Gajo</i>)	R93

Zeitschriftenspiegel

Gesellschaftsrecht	R94
Steuerrecht	R94

Buchbesprechungen

Altmeppen, Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung: GmbHG	R95
Rieger/Vossius/Widmann, Spuren der Freundschaft (<i>Wolfgang Walter</i>)	R95

**Zeitschrift und Online-Datenbank gehören zusammen!**

Nutzen Sie Ihre **Online-Vorteile** und auch die **Otto Schmidt Zeitschriften-App!** Haben Sie Fragen zu Ihren Zugangsdaten? Haben Sie Ihren alten Zugang noch nicht verlängert? **Kundenservice Telefon: 0221/93738-997.**

**Neuaufgabe****Die Kunst der Balance.**

Mit diesem hochkarätigen Kommentar haben Sie den Jahresabschluss unter Kontrolle. Mit ARUG II, DCGK 2020 und COVID-19-Gesetzgebung.

Besonderer Mehrwert: Handelsbilanzrecht, Steuerbilanzrecht und Gesellschaftsrecht in einem Werk.

Bestellen Sie jetzt versandkostenfrei unter **otto-schmidt.de**

ZEIT

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z 215

GESAMTE VERSICHERUNGS- WISSENSCHAFT

Verantwortliche Bereichsschriftleiter:

Heinrich R. Schradin
Manfred Wandt
Angelika May
Stephan Becher

Schriftleitungsassistenz (Managing Editor):

Inga Lipp-Krebs

Beirat (Associate Editors):

Peter Albrecht
Christian Armbrüster
Meinrad Dreher
Randy E. Dumm
Louis Eeckhoudt
Christian Hipp
Norbert Klusen
Klaus D. Schmidt
Peter Zweifel

 Springer Gabler

Deutscher Verein für
Versicherungswissenschaft





ABHANDLUNGEN

Influencing factors for the digital transformation in the financial services sector

O. Werth · C. Schwarzbach · D. Rodríguez Cardona · M. H. Breitner ·
J.-M. Graf von der Schulenburg 155

Risikoberichterstattung in der deutschen Versicherungswirtschaft:

Eine empirische Untersuchung von Konzernlageberichten

M. Dobler · F. Schwartze 181

Liability for environmental damage and insurance coverage under German law

M. Wandt 209

Parteiautonomie in Versicherungssachen: Eine Streitschrift

J. Gal 225

“Utmost” good faith in German contract law

K. Bork · M. Wandt 243

Risikobewertung von Covid 19 – aus der Sicht der Versicherung(smedizin)

S. Becher 255

**Die „medizinische Notwendigkeit“ humangenetischer Leistungen
aus den Perspektiven des Faches und der Kostenträger**

J. Schmidtke 267

SCHRIFTTUM

Neuerscheinungen versicherungswissenschaftlicher Bücher – Ausführliche Hinweise

A. Uber · I. Lipp-Krebs 279

BUCHBESPRECHUNGEN

Hacker, Philipp, Datenprivatrecht.

Mohr Siebeck Verlag, Tübingen, 2020.

XXXI, 744 Seiten. ISBN 978-3-16-159617-9

C. Armbrüster 299

Laimer, Simon, Beschränkung rechtsgeschäftlicher Erfüllungsverpflichtungen.

Mohr Siebeck Verlag, Tübingen, 2020.

XXIX, 5511 Seiten. ISBN 978-3-16-155708-8

C. Armbrüster 305

NJW

Neue Juristische Woche

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2171



In Verbindung

mit dem Deutschen Anwaltverein
und der Bundesrechtsanwaltskammer

herausgegeben von
den Rechtsanwälten

Prof. Dr. Peter Bräutigam

Prof. Dr. Wolfgang Ewer

Prof. Dr. Rainer Hamm

Dr. Hilke Herchen

Dr. Ulrich Karpenstein

Dr. Nathalie Oberthür

Aus dem Inhalt

B. P. Paal/L. K. Kumkar

Wettbewerbsschutz in der Digitalwirtschaft

809

E. Kainer

Impfstoff und privatrechtliche Gleichbehandlung

816

N. Rücker/A. Bell

Teilweise Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts

821

M. Ogorek

Bewegungsbeschränkungen in Corona-Hotspots

824

R. Böttcher

Entwicklung des Grundbuch- und Grundstücksrechts

827

S. Kröll

Die Entwicklung des Schiedsrechts

832

BVerfG

Erfolgloser Eilantrag gegen Berliner „Mietendeckel“

845

BGH

Schadensermittlung nach kartellrechtswidriger
Absprache – Lkw-Kartell (Anm. A. Glöckner)

848

BGH

Anforderungen an Verzögerungsrüge – Mindestfrist
(Anm. W. Dettmers)

859

BGH

Verzinsung des prozessualen Kostenerstattungs-
anspruchs erster Instanz (Anm. B. Ulrici)

863

BSG

Opferentschädigung bei Alkoholmissbrauch der
Mutter in der Schwangerschaft

876



Aus NJW-aktuell

Interview

Schutz von
Hinweisgebern

Forum

Sachen mit
Digitalelementen

Anwaltschaft

Inkohärentes
Tätigkeitsverbot

12/2021

18. März 2021

74. Jahrgang S. 809–880

www.njw.de



INHALT

Aufsätze

- Boris P. Paal / Lea Katharina Kumkar
Wettbewerbsschutz in der Digitalwirtschaft 809
Der Beitrag gibt einen Überblick über die wichtigsten Neuerungen durch die 10. GWB-Novelle.
- Friedemann Kainer
Knapper Impfstoff und privatrechtliche Gleichbehandlungspflichten 816
Lieferprobleme bei Corona-Impfstoffen werfen Fragen nach einem rechtlichen Verteilungsmaßstab auf.
- Nicolas Rücker / Anita Bell
Die teilweise Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts 821
Der Aufsatz untersucht, ob bei teilweiser Unzuständigkeit eine Gesamtverweisung möglich ist.

Zur Rechtsprechung

- Markus Ogorek
Bewegungsbeschränkungen für Bewohner von Corona-Hotspots 824
(VGH München, NJW 2021, 872)

Bericht

- Roland Böttcher
Die Entwicklung des Grundbuch- und Grundstücksrechts bis Ende 2020 827
- Stefan Kröll
Die Entwicklung des Schiedsrechts im Jahr 2020 832

Kanzlei & Mandat

- Katrin Lack
Die gerichtliche Anordnung des Wechselmodells 837

Buchbesprechungen

- Frenz / Miermeister: Bundesnotarordnung** (Thomas Wachter) 840

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Rubrikenmarkt	27
Geldwäsche-Compliance-Albtraum		Hinweisgeber auf verlorenem Posten? R. Buchert		web.report	28
J. Bülte					
Agenda	6	Forum	15	Stellenmarkt	29
Meldungen/Kolumne	7	Was bringt die Umsetzung der Warenkauf-RL? D. Looschelders		Beck'sche Zeitschriften	38
Gesetzgebung	8	Aus der Anwaltschaft	17	Buchhinweise	40
		Interessenkollision reloaded - aber nicht besser! S. Göcken		Veranstaltungshinweise	42
Rechtsprechung in Kürze	8	Ausbildung & Karriere	19	Heftvorschau/Impressum	44
Entscheidung der Woche	9	ua: Klausurenschreiben unter Beobachtung J. Jahn			

INHALT

Rechtsprechung



Europäische Gerichte

EuGH 11.11.20 – C-61/19
Unzulässige Datenverarbeitung bei vorab angekreuztem Kästchen 841

Verfassungsgerichte

BVerfG 28.10.20 – 1 BvR 972/20
Erfolgreicher Eilantrag gegen Berliner „Mietendeckel“ 845

BVerfG 21.09.20 – 1 BvR 528/19
Verfahrensfähigkeit Minderjähriger im verfassungsgerichtlichen Verfahren (Ls.) 847

Zivilgerichte

BGH 23.09.20 – KZR 35/19
Schadensermittlung nach kartellrechtswidriger Absprache – Lkw-Kartell (Anm. A. Glöckner) 848

BGH 17.09.20 – V ZB 8/20
Antrag auf Löschung einer Grundschuld mit Kopie des eingezogenen Erbscheins 858

BGH 26.11.20 – III ZR 61/20
Anforderungen an Verzögerungsrüge – Mindestfristregelung (Anm. W. Dettmers) 859

BGH 04.11.20 – VII ZB 37/18
Verzinsung des prozessualen Kostenerstattungsanspruchs erster Instanz (Anm. B. Ulrici) 863

KG 26.11.20 – 16 UF 138/19
Voraussetzungen für Umgang wie im Wechselmodell 867

Strafgerichte

BGH 04.08.20 – 3 StR 132/20
Zwangsprostitution – Veranlassung zur Fortsetzung der Prostitutionsausübung 869

BGH 09.09.20 – 2 StR 116/20
Ausnutzungsbewusstsein bei Heimtücke (Ls.) 871

Verwaltungsgerichte

VGH München 26.01.21 – 20 NE 21162
Verbot touristischer Tagesausflüge für Bewohner von Hotspots 872

OVG Lüneburg 09.12.20 – 13 LA 469/20
Entscheidung durch Urteil bei unzulässigem Antrag auf mündliche Verhandlung (Ls.) 874

Arbeitsgerichte

BAG 26.01.21 – 3 AZR 119/19 (A)
Tod einer Prozesspartei – Aussetzungsantrag nur durch Prozessbevollmächtigten 874

BAG 27.08.20 – 8 AZR 45/19
Einladung schwerbehinderter Bewerber zum Vorstellungsgespräch (Ls.) 875

Sozialgerichte

BSG 24.09.20 – B 9 V 3/18 R
Opferentschädigung bei Alkoholmissbrauch der Mutter in der Schwangerschaft 876



98. Auflage, 2021, XLII, 1009 Seiten.
 Kartoniert € 11,90 (dtv-Band 5006)
Neu im Februar 2021
 ≡ beck-shop.de/52138787

Unverzichtbare Textsammlung.

Die Textausgabe

enthält die rund 80 wichtigsten Vorschriften des Arbeitsrechts wie etwa

- › Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
- › Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
- › Arbeitszeitgesetz
- › Berufsbildungsgesetz
- › Betriebsverfassungsgesetz
- › Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
- › Bundesurlaubsgesetz
- › Entgeltfortzahlungsgesetz
- › Entgelttransparenzgesetz
- › Kündigungsschutzgesetz
- › Mindestlohngesetz
- › Mutterschutzgesetz 2018
- › Tarifvertragsgesetz
- › Teilzeit- und Befristungsgesetz

Die Neuauflage

bringt die Textsammlung auf den Stand 1. Januar 2021. Insbesondere berücksichtigt sind u.a. das angepasste Infektionsschutzgesetz und das neu aufgenommene Gesetz zur Sicherung von Arbeitnehmerrechten in der Fleischwirtschaft sowie das Gesetz zur Änderung des Justizkosten- und des Rechtsanwaltsvergütungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht.

Erhältlich im Buchhandel oder bei: beck-shop.de | Verlag C.H. BECK oHG • 80791 München kundenservice@beck.de
 Preise inkl. MwSt. 1172849

Beck-Texte im **dtv**

Neue Zeitschrift Gesellschaftsrecht

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-2196

Das gesamte Recht der Personen- und Kapitalgesellschaften mit M&A, Handels- und Kapitalmarktrecht, Insolvenz-, Steuer- und Bilanzrecht

Herausgeber

Prof. Dr. Holger Altmeppen
Prof. Dr. Alfred Bergmann
Prof. Dr. Wulf Goette
Prof. Dr. Jürgen Götz
Prof. Dr. Mathias Habersack
Prof. Dr. Joachim Hennrichs
Prof. Dr. Dieter Leuring
Prof. Dr. Hanno Merkt
Prof. Dr. Peter O. Mülbert
Dr. Bernhard Schaub
Dr. Kersten von Schenck
Dr. Sven H. Schneider
Prof. (em.) Dr. Dres. h. c.
Harm Peter Westermann
Dr. Hildegard Ziemons

www.nzg.beck.de

Aus dem Inhalt

- M. Beurskens*
Blockchain und Gesellschaftsrecht – Endlose Möglichkeiten? (Editorial) 353
- J. Lieder/M. Becker*
Das Sonderrecht der Rechtsformvarianten am Beispiel der UG 357
- S. Illert/M. König*
Zur möglichen Einordnung eines Teilbetriebspachtvertrags als Unternehmensvertrag 367
- H.-J. Priester*
Kapitalherabsetzung und Gewinnausschüttung 370
- M. Foerster*
Zur Maßgeblichkeit des materiellen Tatbestands der Mitgliedschaft für Mitgliedschaftspflichten 374
- BGH*
BGH gibt Klägern im KapMuG-Verfahren in Sachen HRE teilweise recht 377
- BFH*
Passivierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt 389



C.H. BECK

17. März 2021
24. Jahrgang S. 353–392



8250202109

Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

NZG 9/2021



Inhalt

Editorial	<i>M. Beurskens</i> , Blockchain und Gesellschaftsrecht – Endlose Möglichkeiten?	353
Report	Finanzmarktrecht, FöPoG II, Brexit und Verkehr	355
Aufsätze	<i>J. Lieder/M. Becker</i> , Das Sonderrecht der Rechtsformvarianten am Beispiel der UG	357
	<i>St. Illert/M. König</i> , Zur möglichen Einordnung eines Teilbetriebspachtvertrags als Unternehmensvertrag	367
	<i>H.-J. Priester</i> , Kapitalherabsetzung und Gewinnausschüttung	370
Zur Rechtsprechung	<i>M. Foerster</i> , Zur Maßgeblichkeit des materiellen Tatbestands der Mitgliedschaft für Mitgliedschaftspflichten	374
Literatur	D. Skauradszun, Der Beschluss als Rechtsgeschäft. (<i>Ch. Armbrüster</i>)	376
	V. Erb/J. Schäfer, Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch: StGB, Band 2: §§ 38-79b (<i>Ch. Brand</i>)	376

Rechtsprechung

Kapitalgesellschaftsrecht

BGH	17.12.20 – II ZB 31/14	BGH gibt Klägern im KapMuG-Verfahren in Sachen HRE teilweise recht	377
-----	------------------------	--	-----

Genossenschaftsrecht

KG	15.10.20 – 12 U 49/18	Verkauf von (Teil-)Grundstücken durch den Vorstand einer Genossenschaft (Ls.)	388
----	-----------------------	---	-----

Insolvenzrecht

OLG Düsseldorf	24.9.20 – 12 U 1/20	Verjährenlassen einer Gesellschaftersicherheit durch den Gläubiger – Haftung des Gesellschafters (Ls.)	388
----------------	---------------------	--	-----

SG Karlsruhe	23.11.20 – S 6 KR 28/18	Selbstständige Erwerbstätigkeit eines Kommanditisten (Ls.)	389
--------------	-------------------------	--	-----

BFH	19.8.20 – XI R 32/18	Passivierung von Verbindlichkeiten bei Rangrücktritt	389
BFH	14.7.20 – VIII R 6/17	Erstmaliger Eintritt der Voraussetzungen für einen erfolgreichen Antrag auf Günstigerprüfung nach Eintritt der Bestandskraft (Ls.)	392
EuGH	25.2.21 – C-712/19	Steuer auf Kundeneinlagen	392

ISSN 1434-9272

NZG – Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht

Schriftleitung:

Rechtsanwältin *Dr. Melanie Döge, LL.M.*, Büroanschrift: Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.; Telefon: (0 69) 75 60 91-0, -44; Telefax: (0 69) 75 60 91-49. E-Mail: NZG@beck-frankfurt.de Internet: www.nzg.beck.de

Verlagsredaktion:

Rechtsanwältin *Dr. Melanie Döge, LL.M.* (verantwortlich für den Textteil); Rechtsanwältin *Anett Hoffmann*; Rechtsanwältin *Jennifer Böhner, LL.M.*; *Maike Goldbach* (Schlussredaktion).

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht

zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9,

80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589. Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-609, Telefax (0 89) 3 81 89-589, E-Mail: anzeigen@beck.de Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Mehling*.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Dreimal im Monat.

Bezugspreise 2021: Jährlich € 459,- (inkl. MwSt.). Vorzugspreis für Bezieher unserer Zeitschrift NJW € 419,- (inkl. MwSt.). Einzelheft: € 17,- (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden.

Jahrestitellei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:

Telefon: (0 89) 3 81 89-750, Telefax: (0 89) 3 81 89-358. E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: HOLZMANN DRUCK GmbH & Co. KG, Gewerbestraße 2, 86825 Bad Wörishofen.



chbeck.de/nachhaltig